**Änderungsanträge der DL zum Zukunftsprogramm**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| ÄA | Kapitel | Seite | Auszüge aus dem Zukunftsprogramm | Änderungsanträge der DL 21 |
| 1 | 2.4. Zukunftsmission IV – Update für die Gesundheit | S. 22 | 37 Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere  38 Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale  39 Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung. | **Einfügungen:**  37 Der öffentliche Gesundheitsdienst ist als starke nicht gewinnorientierte Säule des Gesundheitswesens auszubauen und bedarfsgerecht zu finanzieren. Auch im ärztlichen Bereich muss Personal aufgebaut und die Tätigkeit attraktiv gemacht werden. Der ÖGD muss sich auf Forschung und Ausbildungsaktivität an den Universitäten im Bereich der „Public Health“ stützen können. Dies ist u.a. mit Mitteln des Bundes zu fördern. Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht zudem bessere  38 Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale  39 Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung“ |
| 2 | S. 22 | **Streichung:**  58 Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der  59 Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. ~~Gute~~  ~~60 Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige~~  ~~61 Grundlage.~~  ~~62 Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen~~  ~~63 und vernünftige Löhne sind~~  63 dafür eine wichtige Grundlage.  Maßnahmen zur Überwindung  64 des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege  65 abgewertet werden. | **Ersetzen:**  58 Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der  59 Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen.  Dazu werden wir die Schließung von Krankenhäusern sowie die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheit und Pflege stoppen. Stattdessen werden wir den schwierigen, aber notwendigen Weg zur Re-Kommunalisierung und verpflichtenden Gemeinwohlorientierung privatisierter Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen aufnehmen.  Der seit langem bestehende Pflegenotstand muss zügig und mit aller Kraft überwunden werden. Ein neuer bundesweiter allgemein-verbindlicher Tarifvertrag mit guten Arbeitsbedingungen und deutlich höheren Löhnen in der Pflege ist  63 dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung  64 des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege  65 abgewertet werden. |
| 3 | S. 22 | **Streichung:**  65 Wir wollen die ~~Renditeorientierung~~ im Gesundheitswesen ~~begrenzen~~,  66 denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient\*innen und die  67 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. | **Ersetzen:**  65 Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden,  66 denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient\*innen und die  67 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. |
| 8 | 4.3. Demokratie erweitern | S. 75-76 | **Streichung:**  19 Wir setzen uns für europäische  20 Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden  21 europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.  ~~22 Wir stehen für eine humanitäre und solidarische~~~~Asyl- und Flüchtlingspolitik in der~~  ~~23 Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem~~  ~~24 mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität~~  ~~25 voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl~~  ~~26 vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das~~  ~~27 Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen~~  ~~28 Asylagentur ausgebaut werden.~~  ~~29 Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine~~  ~~30 eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem~~  ~~31 internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines~~  ~~32 umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von~~  ~~33 Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren~~  ~~34 bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und~~  ~~35 unterstützen.~~  36 Wir setzen uns ein für eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention des  37 Europarats in allen Mitgliedsstaaten durch als verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt  38 an Frauen. | **Ersetzen:**  19 Wir setzen uns für europäische  20 Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden  21 europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.  Wir wollen alles daran setzen, dass die Bundesrepublik ihren Teil dazu beiträgt, die 17 UN-Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, damit niemand mehr fliehen muss.  Da dies noch nicht der Fall ist, kämpfen wir für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und der europäischen Union. Unsere Grundlage Orientierung dafür ist die vollumfängliche Anwendung des Grundrechts auf Asyl und der Genfer Flüchtlingskonvention.  Abschiebungen lehnen wir ab, insbesondere in Konflikt- und Krisenregionen, aber auch in EU-Staaten, in denen Geflüchteten menschenunwürdige Umstände drohen. Es muss ein Migrationsrecht geschaffenen werden, dass sich nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, sondern auch an humanitären Interessen orientiert.  Geflüchtete sind zügig dezentral unterzubringen und in der Wahrnehmung ihrer Rechte umfassen und unabhängig zu unterstützen; dafür muss es ausreichende öffentliche Förderung geben.  Wir wollen kurzfristig den Kommunen und Ländern die Aufnahme von Flüchtlingen ermöglichen. Wir wollen entsprechende regionale Initiativen auch in anderen europäischen Ländern unterstützten.  Eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Migrationspolitik muss wirksamen Rechtsschutz und Unterstützung für alle Flüchtenden gewährleisten. Schnellverfahren und Internierungen lehnen wir ab.  Es müssen Fluchtwege geschaffen werden, auf denen Menschenleben nicht zusätzlich gefährdet werden. Wir wollen daher humanitäre Visa für legale Flucht- und Zugangswege nach Europa schaffen. Europäische „Hotspots“, wie die schrecklichen Lager auf Lesbos, müssen aufgelöst und die Menschen schnell aufgenommen werden.  Auf EU-Ebene muss ein faires Asylsystem geschaffen werden, dass von den Interessen der Flüchtlinge schützt und eine gerechte Zusammenarbeit in der EU perspektivisch ermöglicht. Dafür muss die Dublin-Konvention überarbeitet werden, um das Prinzip des Ersteinreiselandes und des sicheren Herkunfts- und Drittlandes zu überwinden. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge, wie mit der Türkei und anderen Staaten an den Außengrenzen Europas, lehnen wir ab.  Die Kriminalisierung von NGO, insbesondere der Seenotrettung, muss beendet werden. Ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm muss geschaffen werden; Frontex ist aufzulösen. Eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die darauf abzielt, Flucht zu verhindern, wie es beispielsweise bei der Kooperation der EU mit der sogenannten »Libyschen Küstenwache« zutrifft, lehnen wir ab.  36 Wir setzen uns ein für eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention des  37 Europarats in allen Mitgliedsstaaten durch als verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt  38 an Frauen. |
| 10 | 4.5. Frieden sichern | S. 80 | **Streichung:**  ~~2 Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale~~  ~~3 Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog von~~  ~~4 Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns.~~  5 Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und  6 Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte  7 stärken. | **Ersetzen:**  Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Sozialdemokratische Außenpolitik muss die Friedensidee wieder umfassend und thematisch breit fördern. Die verschiedenen globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen.  Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem auf Vorrang orientierten sicherheitspolitischen Denken hin zur Erneuerung einer Politik der Gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und der zivilen Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele aus.  5 Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und  6 Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte  7 stärken. |
| 11 | S. 82 | **Streichung:**  105 Für  106 uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr  107 unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden  108 können. Unsere Soldat\*innen können sich auf uns verlassen. Wir haben daher nach  109 vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt  110 erhöht.  111 Unsere Soldat\*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an  112 Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir  113 wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns  114 kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen  115 Absicherung ein. | **Ersetzen:**  105 Für  106 uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr  107 unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden können. Unsere Soldat\*innen  108 können sich auf uns verlassen. Die schrittweise Erhöhung des Militärhaushaltes auf zwei Prozent lehnen wir ab. Unser Ziel ist es, die Ausgaben der Verteidigungshaushalte auf 1 Prozent zu reduzieren. Wir wollen auf europäischer Ebene die Rüstungsausgaben um zehn Prozent senken.“  111 Unsere Soldat\*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an  112 Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir  113 wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns  114 kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen  115 Absicherung ein. |
| 12 |  | S. 82-83 | **Streichung:**  116 Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat\*innen. Dazu  117 gehört auch der Einsatz von Drohnen. ~~Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden~~  ~~118 sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und~~  ~~119 gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen~~  ~~120 werden.~~  ~~121 Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international~~  ~~122 erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden,~~ um dem Trend einer  123 zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken  124 wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. | **Ersetzen:**  116 Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat\*innen. Dazu  117 gehört auch der Einsatz von Drohnen.  Kampfdrohnen bedeuten hingegen eine Entgrenzung des Krieges. Wir lehnen daher auch die weitere Entwicklung, Beschaffung und Anwendung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen für Deutschland und die Bundeswehr kategorisch ab und setzen uns für ihre internationale Ächtung ein,  122 um dem Trend einer  123 zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken  124 wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. |
| 13 | S. 83 | **Streichung:**  124 Wie notwendig  125 ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten  126 Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im  127 Libyen-Konflikt gezeigt~~. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer~~  ~~128 umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.~~ | 124 Wie notwendig  125 ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten  126 Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im  127 Libyen-Konflikt gezeigt. |
| 14 | S. 83 | **Streichung:**  ~~129 Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir~~  ~~130 uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen~~  ~~131 nuklearen Teilhabe ein.~~  132 Eine Welt ohne Atomwaffen ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik. | **Ersetzen:**  Wir setzen für den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland ein. Die Anschaffung von Kampfjets, die für den Transport von Atomwaffen ausgerüstet sind, lehnen wir ab.  132 Eine Welt ohne Atomwaffen ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik. „ |
| 15 |  | S. 83 |  | **Füge ein (besser weiter hinten):**  „Die Militärinterventionen unter Beteiligung der Bundeswehr sind kontraproduktiv gewesen. Auslandseinsätze der Bundeswehr und der NATO darf es höchstens anlassbezogen und mit UN-Mandat geben.“ |
| 16 | S. 83 | **Streichung:**  139 Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene  140 Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine  141 nuklearwaffenfreie Welt. ~~Deutschland sollte als Beobachter bei der~~  ~~142 Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages~~  ~~143 konstruktiv begleiten.~~  143 Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen  144 zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im  145 substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten  146 Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. | **Ersetzen:**  139 Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene 140 Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine  141 nuklearwaffenfreie Welt.  Wir streben an, dass Deutschland möglichst zeitnah den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.  143 Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen  144 zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im  145 substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten  146 Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. |
| 17 | S. 83 | **Streichung:**  148 Bei allen Bemühungen  149 um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.  150Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. ~~Wir werden uns dafür~~  ~~151 einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-,~~  ~~152 NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den~~  ~~153 endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur im begründeten~~  ~~154 Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in~~  ~~155 einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden~~. Auch mit unseren europäischen  156 Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. | **Ersetzen:**  148 Bei allen Bemühungen  149 um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.  150 Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir lehnen es ab, dass Waffenexporte, die in Länder außerhalb der NATO und der EU gehen, im Interesse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu erstellen, in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag über alle Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp von Waffenexporten unser Ziel.  155 Auch mit unseren europäischen  156 Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. |